

Zeitschrift: Landtechnik Schweiz
Herausgeber: Landtechnik Schweiz
Band: 80 (2018)
Heft: 5

Artikel: Problemzone "Nachlauf-Lenkachse"
Autor: Engeler, Roman
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1082625>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Problemzone «Nachlauf-Lenkachse»

Ein Traktor mit einem Anhänger überschlägt sich auf offener Strasse. Es folgt ein Marathon an Untersuchungen und ein erstes Urteil des Bezirksgerichts, das ans Obergericht weitergezogen wurde.

Roman Engeler



Der Traktorfahrer blieb bei diesem Unfall unverletzt, es entstanden aber Sach- und Umweltschäden sowie hohe Prozesskosten.

Bild: Kapo TG

Zum Unfallhergang: Ein 22-jähriger Traktorfahrer war gegen 17 Uhr im Auftrag eines Lohn- und Bauunternehmers mit einem Anhänger auf einer leicht abfallenden, geraden Hauptstrasse unterwegs. Dabei begann der mit Schalungselementen (Gewicht: rund 7,5 t bei einer Nutzlast von total 17,6 t) beladene Anhänger den Traktor via Anhängerkupplung wegzudrücken. Trotz sofortiger Bremsung und Gegenlenkung konnte er die Kombination nicht mehr unter Kontrolle bringen, so

dass sich der gewerblich eingelöste Traktor mitsamt dem Anhänger schliesslich überschlug. Der Fahrer konnte sich selbst aus dem Traktor befreien und blieb glücklicherweise unverletzt. Der Sachschaden wurde mit einigen zehntausend Franken beziffert. Zur Spurensicherung und Klärung der Unfallursache kamen der kriminaltechnische Dienst sowie ein Spezialist der Verkehrspolizei auf den Unfallplatz. Traktor und Anhänger wurden im Auftrag der Staatsanwaltschaft für weitere Abklä-

rungen für längere Zeit beschlagnahmt. Die Bergung, Beschlagnahmung und Begutachtung verursachten Kosten von mehr als CHF 30 000.–.

Weitere Angaben zum Unfall

Gemäss Aussagen des Lenkers war das Gespann mit einer Geschwindigkeit von 42–43 km/h unterwegs. Die Ladung sei längs und quer mit Spanngurten befestigt gewesen, hätte sich also nicht bewegen können. Weiter erwähnte der Fahrer bei der polizeilichen Befragung, dass er entsprechend der Betriebsanleitung die Nachlauf-Lenkachse nicht blockiert habe. Als er die vom Anhänger ausgehende Unruhe und Krafteinwirkung (was von der Polizei mit «Schlingern» protokolliert wurde), bemerkt habe, habe er wie üblich eine leichte Bremsung eingeleitet. Entgegen seiner früheren Erfahrung trug dies nicht zur Beruhigung des Anhängerzuges bei. Innerhalb von Sekunden stellte der Anhängerzug den Traktor quer. Danach kam es zum erwähnten Überschlag des Gespanns.

Als Folge des Unfalls lief Öl ins Wiesland aus, so dass kontaminiertes Erdreich abgetragen und entsorgt werden musste. Im Unfallprotokoll ist weiter festgehalten, dass der braun eingelöste, wegen Breitreifen als Ausnahmefahrzeug immatrikulierte landwirtschaftliche Anhänger unzulässig für einen gewerblichen Transport eingesetzt wurde. Weitere Diskussionen – auch in einem späteren Gutachten – drehten sich dann noch um die Frage einer nur teilweise entsperrten Aufhängung sowie des Fahrerverschuldens.

Strafbefehl – Gerichtsverfahren

Rund ein halbes Jahr später erliess die Staatsanwaltschaft gegen den Fahrer einen Strafbefehl (einfache Verletzung der Verkehrsregeln, Führen eines Anhängers in nicht betriebssicherem Zustand, Ausführen einer nichtlandwirtschaftlichen Fahrt mit Landwirtschaftsanhängern) und legte ihm vorerst eine Busse auf, gegen die der Fahrer Einsprache erhob. 14 Monate nach dem Unfall kam es zur Haupt-

Serie «Rechtsecke»

In der Serie «Rechtsecke» werden tatsächlich passierte Unfälle mit landwirtschaftlichen Fahrzeugen geschildert und diese Unfälle sowie die daraus entstandenen «rechtlichen Folgen» von Rechtsanwalt Stephan Stulz analysiert. Die Serie erscheint in loser Folge.

verhandlung am Bezirksgericht. Zuvor wurde ein Antrag auf Freigabe des beschlagnahmten Anhängers aus untersuchungstechnischen Gründen abgelehnt.

Ein Gutachten...

Zwischenzeitlich wurde ein Gutachter von der Staatsanwaltschaft beauftragt, den Unfall aus technischer Sicht zu analysieren und dabei insbesondere die Funktionsfähigkeit der Bremsen am verunfallten Anhänger zu überprüfen. Dies erfolgte am havarierten Fahrzeug auf einem Rollenprüfstand, eine dynamische Messung auf der Strasse wurde nicht gemacht. Der Gutachter kam zum Schluss, dass die Bremsanlage zwar funktionierte, jedoch knapp nicht den gesetzlichen Mindestanforderungen entsprochen habe. Weiter stellte der Gutachter keinen technischen Defekt an der Fahrzeugkombination fest. Für den Gutachter waren es vier Gründe, die zu diesem Unfall geführt haben. Als ersten Grund nannte er die hohe Geschwindigkeit auf leicht abschüssigem Terrain, so dass der beladene Anhänger mehr schiebt, als der Traktor zieht. Als zweiter Grund wurde das nicht sofortige Einleiten der Bremsung erwähnt. Als dritte und vierte Ursache führte der Gutachter eine ungünstige Beladung des Anhängers sowie das unterbliebene Entsperren der Aufhängung an.

...und dessen Hinterfragung

Der vom Verunfallten beauftragte Verteidiger hinterfragte das Gutachten. Er fand es unstatthaft, an einem havarierten Anhänger solche Messungen zu vorzunehmen und Aussagen über dessen Zustand vor dem Unfall zu machen. Weiter erwähnte der Verteidiger, dass aufgrund der vorhandenen und aufgezeichneten Bremsspuren am Unfallort man davon ausgehen könne, dass die einwandfreie Bremsanlage funktioniert habe. Zudem würden die originalen Bremsprotokolle deutlich höhere Bremsleistungen aufweisen als die vom Gutachter gemessenen. Aufgrund des erwähnten Spurenbilds behauptete die Verteidigung weiter, dass es vielmehr und einzig die plötzlich eingeschlagene Nachlauf Lenkung gewesen sei, die zu diesem Unfall geführt habe. Dies bestätigte eine vom Beschuldigten in Auftrag gegebene Analyse eines unabhängigen Fachmanns. Das Gericht bezog diesen Fachmann und seine Ergebnisse jedoch nicht in seine Überlegungen mit ein, da dieser nicht über die notwendige Zulassung für solche Gutachten verfügt. Ge-

nerell bemängelte die Verteidigung, dass es keine Auswertung des Spurenbilds gegeben habe. Weiter wurden auch die Fachkenntnisse des vom Gericht ernannten Gutachters hinterfragt, wonach dieser sich noch nie mit Nachlauf-Lenkachsen beschäftigt habe. Das Gericht sah aber keinen Anlass, am Gutachter und an dessen Arbeit zu zweifeln.

Das (vorläufige) Urteil

Das Bezirksgericht kam zu folgendem Urteil: Der Fahrer wurde vom Vorwurf des

Führens eines nicht betriebs sicheren Fahrzeugs freigesprochen. Verurteilt wurde er hingegen wegen der Nichtbeherrschung eines Fahrzeugs sowie des Fahrens ohne Fahrzeugausweis. Von den Gesamtverfahrens-kosten im Umfang von CHF 30 054.75 wurden dem Fahrer CHF 24 000.– auferlegt.

Das Gericht erwähnte jedoch im schriftlichen Urteil, dass es mit Nachlauf-Lenkachsen offensichtlich Probleme gebe, so dass ein solcher oder ähnlicher Unfall jedem Fahrer passieren könne. ■

Hightech als Problemzone in Strafverfahren



Gemäss Art. 6 der schweizerischen Strafprozessordnung (StPO) klären die Strafbehörden von Amtes wegen alle für die Beurteilung der Tat und der

beschuldigten Person bedeutsamen Tatsachen ab. Sie untersuchen die belastenden und entlastenden Umstände mit gleicher Sorgfalt. Was aber, wenn das Know-how und der Sachverstand bei der Polizei und der Staatsanwalt nicht wirklich vorhanden sind oder nur halbherzig in der Untersuchung beigezogen werden?

In solchen Fällen wird es für einen Beschuldigten schwierig, denn einerseits ist er gezwungen faktisch selber den (Gegen-) Beweis anzutreten und die entsprechenden Beweise zu liefern. Dass ein Beschuldiger nicht über die gleiche Autorität und Glaubwürdigkeit wie ein Gutachter oder eine Amtsstelle verfügt, braucht nicht besonders betont zu werden.

Im vorliegenden Fall gestand der Gutachter selber, dass er über keine einschlägige Erfahrungen mit Nachlauf Lenkachsen verfügt. Eine Spurenauswertung habe er nicht vorgenommen, weil er dazu keinen Auftrag erhalten habe.

Bei kostenintensiven Untersuchungen wie beim geschilderten Fall kommt hinzu, dass der Sparzwang vor den Strafbehörden nicht Halt gemacht hat. Die Untersuchungsbehörden haben dementsprechend ein nicht geringes Interesse, diese Kosten auf den Beschuldigten zu überwälzen. Dazu genügt grundsätzlich bereits eine leichte Fahrlässigkeit. Eine solche lässt sich im Nachhinein und wenn es zu einem Unfall gekommen ist fast immer und problemlos konstruieren. Im vorliegenden Fall wurde ein unbedeutender Teil der Unter-

suchungskosten auf die Staatskasse genommen, da sich der ursprüngliche Vorwurf der schweren Verkehrsregelverletzung nicht erhärten liess.

Reden ist Silber, Schweigen ist Gold?

Passiert ein Unfall, so wird man in der Regel unmittelbar zum Beschuldigten (mit dem Vorwurf, möglicherweise sich einer Straftat schuldig gemacht zu haben). Als Beschuldigter hat man grundsätzlich das Recht, sich überhaupt nicht zum Vorfall zu äussern. Es besteht auch keine Pflicht, irgendein Protokoll zu unterzeichnen. Als potenziell Beschuldigter tut man auf alle Fälle gut daran, es mit den Details genau zu nehmen; auch wenn man in Eile ist. Es kommt leider häufig vor, dass gerade in den ersten Protokollen der Polizei der Sachverhalt nur verkürzt wiedergegeben wird. In aller Regel werden Zugeständnisse der Beschuldigten prominent in den Polizeiprotokollen vermerkt. Diese Protokolle sind später von grosser Bedeutung. Vorliegend fand die Erstbefragung auf Mundart statt. Die Aussage des Beschuldigten, dass der Anhänger bei früheren Fahrten auch schon unruhig geworden sei, fand mit dem Begriff «Schlingern» Eingang in die Akten. Dieses angebliche frühere «Schlingern» wurde dem Beschuldigten vor Gericht schlussendlich zum massgeblichen Vorwurf gemacht.

Stephan Stulz ist praktizierender Rechtsanwalt mit einer eigenen Kanzlei. Nach der Lehre als Landmaschinenmechaniker absolvierte er ein Maschineningenieurstudium. Nach längerer Projektleitertätigkeit studierte er an der HSG (lic. iur.). Stephan Stulz ist spezialisiert auf sämtliche Verwaltungs- oder Strafverfahren mit technischem Hintergrund.

Anwaltskanzlei Stulz, Hahnrainweg 4, Postfach, 5400 Baden (Tel. 056 203 10 00; office@stulz-recht.ch, www.stulz-recht.ch)